

Dresdner Neueste Nachrichten

Kreiszeitungen: Die 26 mm breite Seite kostet 0,20 R.-M.
Im Kreisgut ein reaktionärer Tag, 20 mm breit, kostet 2 R.-M., für
zusätzlich 2,50 R.-M. — Die Preisgestaltung für Buchdruckereien
betrifft 0,20 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen
und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-II, Ferdinandstr. 4 • Herausf.: für den Ortsverkehr Sammelnummer 2460; für den Fernverkehr 14194, 20024, 22951—27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Richterungsangaben ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Schließung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Eröffnung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 172

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Vor einer Ausstellung durch 2,25 R.-M.
In der Zeitung: Einzelblatt monatlich 5 Kr. 15. Postabonnement für Monat
Juli 2,25 R.-M. einfache 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Aus-
stellungsgebühr). Ausland: wöchentlich 1,10 R.-M.
Ausland: Einzelnummer 10 R.-Pf. außerhalb
1,25 R.-M. — **Telegr.:** Neueste Dresden • **Postfach:** Dresden 15 R.-Pf.

Freitag, 26. Juli 1929

XXXVII. Jahrg.

Eine neue Ära der Flottenabrüstung

Wird die Landabrüstung folgen? — Absetzung des konservativen Hochkommissars in Ägypten — Neue französische Versuche zur Zweiteilung der Konferenz

Der anglo-sächsische Friedenswille

Gestern wurde die große Wendung, die in der englischen Politik durch den Sieg der Labour Partei bei den letzten Wahlen eingetreten war, zum ersten Male vor aller Welt offenbart. Der britische Premierminister Ramsay Macdonald gab im Unterhaus die semantische Erklärung ab, daß die britische Regierung sich entschlossen habe, das englische Flottenprogramm radikal zu beschneiden. Die Arbeiten an den neuen Kreuzern "Tirrion" und "Northumberland" werden sofort eingestellt. Das im Programm vorgesehene Unterseebootdepotsschiff "Gladstone" wird nicht gebaut. Ferner werden zwei Kontrakte für den Bau von Unterseebooten ge-
kündigt. Die Durchführung der übrigen Punkte des Flottenprogramms wird verlangsamt.

Diese Worte leiten eine neue Ära der englisch-sächsischen Flottenpolitik ein. So radikal und so entschieden hat sich nie ein britischer Minister entschieden für die Einstellung der Rüstungen zur See ausgedrückt. Der Erklärung Macdonalds kommt an erster Stelle Bedeutung zu, als gleichzeitig der amerikanische Präsident Hoover bekanntgibt, daß die Ausführung des amerikanischen Kreuzerhauptrückens (bekanntlich der Haupttreffpunkt zwischen England und Amerika) ausgesetzt werden soll, was das Ergebnis der neubeginnenden englisch-amerikanischen Verhandlungen über die Abrüstung zur See vorliegt.

Die Erklärungen Ramsay Macdonalds und Hoovers erfolgten am Tage der feierlichen Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes. Das ist natürlich kein Zufall. Es ist anzunehmen, daß beide Staatsmänner sich über den Termin ihrer großen Friedenskundgebungen vorher geeinigt haben. Ferner kündigte Macdonald zum ersten Male offiziell seine Absicht an, im Herbst dieses Jahres nach Washington zu gehen, um dort mit Hoover und seinen Staatsmännern direkt von Angesicht zu Angesicht und nicht nur durch diplomatische Noten und durch Vermittlung von Fachmannen und Technikern einen Ausgleich in der Flottenrüstung zwischen den beiden Ländern zu finden.

Natürlich stehen noch außerordentlich schwierige und komplizierte Verhandlungen bevor, und es ist nicht anzunehmen, daß sie ohne jeden Zwischenfall zu Ende geführt werden können. Entscheidend aber ist der Geist, in dem diese Verhandlungen geführt werden sollen, und dieser Geist ist sowohl bei Macdonald wie bei Hoover ein Geist des Friedens und des guten Willens. Es ist der ehrliche Versuch, die beiden englisch-sächsischen Kontrahenten in der Dienst eines gemeinsamen Weltfriedens- und Weltabrüstungsprogramms zu stellen, der je in der Geschichte gemacht wurde. Denn kommt die englisch-amerikanische Verständigung über die Abrüstung zur See zustande, dann wird auch dem in diesem Falle vereint ein-
schiedenden anglo-sächsischen Druck auch die Abrüstung zu Lande folgen müssen.

Die Abstriche am Flottenprogramm

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 25. Juli

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Macdonald, daß die Regierung eine Herabsetzung der Kriegsschiffbaute für das kommende Jahr beschlossen habe, findet in der Presse keinen Beifall. Fast alle Blätter bringen diese Erklärung in Zusammenhang mit der Erklärung des amerikanischen Präsidenten, daß auch die Vereinigten Staaten die Arbeiten an drei Kreuzern in Erwartung der Verhandlungen mit England suspendiert haben. Daß vollends dieser beiderleiige Schritt in der Flottenabrüstung an dem Tage des Inkrafttretens des Kellogg-Paktes erfolgte, erwacht Hoffnungen, die schon fast begegnet waren. Die englischen Abstriche vom Flottenprogramm sind recht erheblich. Die Arbeiten an zwei 10.000-Tonnen-Kreuzern "Tirrion" und "Northumberland" werden stoppen. Ein projektiertes Unterseebootdepotsschiff und zwei U-Boote werden vorerst nicht in Angriff genommen. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Versprechungen über die Flottenabrüstung in den letzten Wochen gute Fortschritte gemacht haben und begründete Aussichten auf eine Regelung in absehbarer Zeit bestehen. Macdonalds Besuch in Washington im Herbst wird naturgemäß mehr der Schaffung einer günstigen Atmosphäre als tatsächlichen Verhandlungen dienen. Aber das Schicksal der vergangenen Flottenkonferenz hat gezeigt, wie entscheidend die allgemeine Stimmung für die Lösung sogenannter technischer Probleme ist.

*

Die erste Sensation des neuen Regimes

Telegramm unsres Korrespondenten

RF. London, 25. Juli

Die plötzliche Entlassung Lord Londons, des britischen Regierungskommissars in Ägypten, ist die erste politische Sensation des neuen Regimes. Das erleichterte Aufsehen, mit dem das Verschwinden dieses Mannes selbst in der konservativen Presse aufgenommen wird, zeigt deutlich, daß der Außenminister Henderson einen Schritt getan hat, den schon sein Vorgänger Chamberlain sehr gern getan hätte, wenn es ihm nicht an Mut gefehlt hätte. Die Regierung verhandelt in der letzten Zeit mit König Fuad und dem ägyptischen Ministerpräsidenten Mahmud Pasha, die sich in London befinden, über die grundlegenden politischen Fragen. Wie schon oft in den letzten Jahren, erwies sich auch diesmal die Person Lord Londons als schweres Hindernis für eine tolerante Politik. Deshalb wurde er höflich, aber rasch an die Lüft gesetzt.

Berlins Programm am Verfassungstag

Severing hält die Festrede

B. Berlin, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht)
Das Berliner Festprogramm zum Verfassungstag wird von der "Böll. Ztg." in allen Einzelheiten bekanntgegeben.

Am Sonnabend wird das Reichsbanner einen großen Zugsreich vor dem Reichstagparade veranstalten, bei welcher Gelegenheit der General v. Deimling für den Einheitszug sprechen wird. Am Sonntag soll in allen Kirchen Gottesdienst abgehalten werden. Beim Reichstag im Reichstag wird der Reichsinnenminister Severing die Rede halten. Das Hoch- und deutsche Volk wird infolge der Erkrankung des Reichskanzlers entweder Dr. Trebitsch oder, falls er wegen der Reparationskonferenz abwesend sein sollte, Reichsminister Groener austragen. Rechtzeitig findet im Deutschen Stadion ein Fest-

spiel statt. Abends sind in den drei Opern Ver-
anstaltungen, bei denen Höpker-Wisseloff, der
frühere Reichsminister Dr. David und Berliner
Oberbürgermeister Dr. Böß sprechen sollen. In der
Staatsoper unter den Linden wird dabei Kurt-
wangler dirigieren.

Das Befinden des Reichskanzlers

WTB. Berlin, 25. Juli. (Durch Funksprach)
Aus Heidelberg wird von den behandelnden
Ärzten mitgeteilt:

"Es ist eine weitere Besserung im Befinden des Herrn Reichskanzlers festzustellen. Der Kranke hat eine gute Nacht gehabt, die Temperatur ist normal, die Nahrungsaufnahme aufreisend.
ges. Unterlagen
ges. 2. Archiv

Reparationskonferenz im Haag?

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 25. Juli

Während die französische Presse über den Inhalt der geplanten Unterredung zwischen Briand und dem englischen Botschafter Sir William Tyrell keine Mitteilungen veröffentlicht, berichtet heute die Pariser Ausgabe des "New York Herald" folgendes:

"Die beiden Regierungen, die auf der Suche nach einem Konferenzort sind, um den Young-Plan unter Diskussion zu bringen, scheinen unmittelbar vor der Entscheidung über den Konferenzort. Sie werden den Haag wählen. Nachdem Baden-Baden, Düsseldorf, London, Paris, Galais und Brüssel aus dem einen oder anderen Grunde nicht gewählt werden konnten, verständigten sich Briand und Tyrell in dem Sinne, daß der Sitz des Weltgerichtshofs und des Internationalen Schiedsgerichts am besten geeignet sei, zum Ort einer Konferenz gewählt zu werden, die nach der endgültigen Regelung der Reparationsfrage die Räume des Rheinlandes und anderer Verfolger vertrag betreffende Fragen behandeln soll. Die Londoner Regierung wird gegen den Haag nichts einzuwenden haben."

Es bleibt noch abzuwarten, ob diese Information des "New York Herald" richtig ist. Dem "Tempo"

bleibt es vorbehalten, den diplomatischen Ablauf des Streites um den Konferenzort zu enthalten. "Wir müssen Zeit gewinnen", erklärt das Blatt ganz offen. Deshalb tritt der "Tempo" dafür ein, daß zunächst im August nichts weiter als eine Übungsnahme zwischen den leitenden Staatsmännern stattfinden soll. "Ein unverbindlicher Meinungs austausch über die Durchführung des Young-Plans", schreibt "Journal des Débats", dessen außenpolitische Mitarbeiter Bernus sehr gute Beziehungen zu dem Außenamt unterhält. Nach der Übungsnahme käme nach der Septembertagung des Böllerbundes, der zweite entscheidende Teil der Konferenz.

Zwischen den beiden Konferenzabschüssen würden die Sachverständigen arbeiten und völkerrechtliche Grundgebungen verhandelt werden, die in Briands Panzerungs-Plan ihren Gipelpunkt finden könnten. Die französische Diplomatie erwartet also nach wie vor eine Verlegung der Konferenz, obwohl der deutsche Botschafter in seinem bei Bercholt und Briand ausgeführten Schritt ein solches Verfahren als nachteilig bezeichnete und von dem französischen Außenminister Zusicherungen erhielt, die als eine Annäherung an den deutschen Standpunkt ausgelegt werden konnten.

Chinesisches Friedensangebot

Was wird man in Moskau antworten?

X. London, 25. Juli. (Durch Funksprach)

Neuer Bericht aus Shanghai: Der chinesische Außenminister Wang erklärte in einem Interview mit Pressevertretern, daß China durchaus gewillt sei, in Verhandlungen mit der Sowjetregierung einzutreten, um den Konflikt wegen der ostchinesischen Eisenbahn zu beenden. Er sei bereit, dem russischen Minister entgegenzutreten und die kritischen Fragen in direkten Verhandlungen zu regeln, statt sich der Vermittlung eines Dritten zu bedienen. Der Minister glaubt, daß die Verhandlungen eher in Moskau als in Charkow eingespielt werden könnten und legt die Zuversicht, daß man zu einer Vereinbarung gelangen werde. Zum Schluss erklärte Wang, er erwarte eine Andeutung von Moskau über die Haltung, die die Sowjetregierung zu den vorgeschlagenen Verfahren einnehmen und eine Mitteilung darüber, wann die Verhandlungen gegebenenfalls eröffnet werden sollen.

*

Die Russen marschieren!

Panzerwagen auf chinesischem Gebiet
Sonderkabeldienst der Dresden-Roum. Nachrichten

— Charkow, 25. Juli. (Durch United Press)
Ein russischer Truppenmarsch in der Nähe der manchu-chinesischen Grenzstadt Mandchuli ist heute, nach Berichten von Flüchtlingen aus dieser Stadt, die jedoch hier eingetroffen sind, erfolgt. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgetragen. Die russischen Soldaten haben angekündigt von Mandchuli ihre Zelle angeschlagen. Als die Russen die Grenze überschritten, zogen sich die in der Nähe stationierten chinesischen Truppen ohne Zwischenfall eilige nach Mandchuli zurück. Als sie in der Stadt erschienen, stob ein großer Teil der Bevölkerung, unter ihnen auch viele Wehrmänner, in Wagen und Automobilen, während ein anderer Teil die auf dem Bahnhof hantenden Fracht- und Passagierzüge stürzte und sie bis auf den letzten Platz belegte.

Der Terror beginnt

16 „Weißgardisten“ hingerichtet

X. Moskau, 25. Juli. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Aus Charkow wird gemeldet: Die staatliche politische Verwaltung stellte seit dem 1. Juni russische weiße Emigranten mit direkter Unterstützung chinesischer Behörden (?) eine rege Tätigkeit an der Sowjetgrenze des Fernen Ostens an entwideln begannen. An der Nacht vom 21. zum 22. Juni überfiel eine bewaffnete Bande Raschtsow einen Sowjetzugsposen im Bezirk von Wladimir. Am 12. Juni überschritt eine andre bewaffnete Bande die Sowjetgrenze in der Region von Tschita. Am 22. Juli wurde bei der Grenzüberschreitung in Transbaikalien eine dritte starke, bewaffnete Gruppe Weißgardisten festgenommen. Von 17. bis zum 20. Juli wurde im Umgebinde eine Reihe russischer Weißgardisten festgenommen, welche die Grenze überschritten hatten. Die staatliche politische Verwaltung verfügte in der Veröffentlichung vom 23. Juli von den festgenommenen Weißgardisten 16 zu Tode